

Bericht

des Kulturausschusses

über die Drucksache

**20/6336: Evaluation Stadtteilkultur
(Senatsmitteilung)**

Vorsitz: **Norbert Hackbusch**

Schriftführung: **Dr. Isabella Vértes-Schütter**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/6336 war auf Antrag der Fraktion DIE LINKE durch Beschluss der Bürgerschaft am 24. Januar 2013 an den Kulturausschuss überwiesen worden. Der Kulturausschuss befasste sich abschließend in seiner Sitzung am 29. Oktober 2013 mit der Vorlage.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten die Drucksache. Der Beratungsprozess, der sich durch den Regierungswechsel verzögert habe, sei sehr intensiv geführt worden. Im Fokus hätten die Planungsinstrumente der Bezirke und der Kulturbehörde, Maßgaben zur Ressourcensteigerung sowie die Instrumente gestanden, mit denen die Kennzahlensystematik entwickelt werden könne. Am Beratungsprozess seien die Kulturbehörde, die Finanzbehörde, alle Bezirke, Vertreterinnen und Vertreter der bezirklichen Gremien sowie alle Akteure des Feldes beteiligt gewesen. Das Prinzip des Dialogs sei kennzeichnend für den Prozess gewesen. Aktuell würden die neuen Planungsinstrumente für die Befassung des Senats mit der „Globalrichtlinie Stadtteilkultur 2014 – 2018“ aufgearbeitet, die voraussichtlich im November 2013 erfolgen könne. Darin seien auch die Empfehlungen des Rechnungshofs zu Kulturförderung und Stadtteilkultur aufgegriffen worden, die auf die Konkretisierung bezirklicher Ziele, Förderstrategien, die geforderte Sicht auf Entwicklungspotenziale in den bezirklichen Einrichtungen sowie eine Verfeinerung des Controllings abzielten. Mit der Globalrichtlinie sollten neue Akzente unter anderem im Bereich der Geschichtswerkstätten, der Stadtteilkulturprojekte sowie der Stadtteilkulturzentren gesetzt werden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter kündigten an, der „14. Hamburger Ratschlag Stadtteilkultur“ des Landesrats für Stadtteilkultur werde im Kulturhaus Süderelbe stattfinden. Das Kulturhaus Süderelbe sei ein gutes Beispiel für die Entwicklungsdynamik des Feldes. Innerhalb von zwei Jahren sei es von einem kleinen Workshop-Zentrum an einem entlegenen Standort zu einem kulturellen Bildungszentrum geworden, das an einem zentralen Standort in ein Schulzentrum integriert sei. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter äußerten die Hoffnung, dass in anderen Stadtteilkulturzentren vergleichbare Entwicklungen ermöglicht werden könnten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, den Empfehlungen des Rechnungshofs folgend würden die Bezirke mit der neuen Globalrichtlinie dazu aufgefordert, auch Einrichtungen in den Blick zu nehmen, die noch nicht gefördert würden. In den letzten Jahren seien bereits vermehrt Einrichtungen neu in die Förderung aufgenommen worden. Die Aufgabe, Dynamik im Bestand und Sicht auf Weiterentwicklung im Feld unter den gegebenen haushalterischen Bedingungen zu gewährleisten, werde spannend sein. Es gelte, was Rahmencorrekturen und Globalsteuerung in ihrer Struktur ausmache. Den Bezirksversammlungen obliege die Entscheidung über die einzelnen Förderungen. Wie das Beispiel der Geschichtswerkstattarbeit in Harburg zeige, sei es durchaus möglich, Entwicklungen auf der Basis einer Projektförderung voranzutreiben. Im Zusammenhang mit der Stadtteilkultur gehe es auch um kulturelle Bildungsperspektiven. In der Zusammenarbeit von Stadtteilkultureinrichtungen und Schulen ergäben sich neue Perspektiven. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter nannten Beispiele aus dem Bezirk Harburg. Das Leitbild zur neuen Globalrichtlinie unterstreiche die Bezüge der Stadtteilkultur zur Stadtentwicklung. Die Rückmeldungen aus den Bezirken, sowohl aus der Verwaltung wie auch aus den bezirklichen Gremien, zeigten, dass der Dialog wertgeschätzt werde. Die Kulturbehörde sei gewillt, ihn zu unterstützen.

Die SPD-Abgeordneten dankten allen, die an der Erarbeitung der neuen Globalrichtlinie beteiligt gewesen seien. Es sei ein wertvoller Prozess gewesen. Die SPD-Abgeordneten sagten, sie hätten den Eindruck, dass in der Folge das Bedürfnis der Akteure sehr auf Planungssicherheit konzentriert gewesen sei. Der Drucksache sei zu entnehmen, dass nach dem Gutachten und den umfangreichen Beratungsprozessen keine Veränderung im Bestand des Verteilungsschlüssels vorgesehen sei. Schwerpunkt blieben die Planungssicherheit durch zweijährige Zuwendungszeiträume und die Möglichkeit einer Festbetragsfinanzierung. Auch die bezirklichen Gremien hätten sich für eine kontinuierliche Arbeit und eine nachhaltige Förderung ausgesprochen. Es werde prognostiziert, dass die geforderte Entwicklungsdynamik über Ziel- und Leistungsvereinbarungen erreicht werden könne. Die SPD-Abgeordneten stellten die Frage, in welcher Weise in der bestehenden Struktur, in der die Entscheidungen bei den Bezirksversammlungen lägen, es dem Kulturausschuss ermöglicht werden könne, sich laufend über die Entwicklungen zu informieren und auseinanderzusetzen. Die Frage, wie mit neuen Initiativen umgegangen werden solle, werde zu Recht gestellt. Außerdem sei zu beobachten, ob sich die Prognose hinsichtlich der Entwicklungsdynamik in der Weise erfülle, dass die Ressourcen ausgeschöpft werden könnten. Die SPD-Abgeordneten schlugen vor, dass der Kulturausschuss sich mit diesen Fragen regelmäßig in Abständen befasse.

Die CDU-Abgeordneten erinnerten daran, dass zu dem Zeitpunkt, als die Evaluation in Auftrag gegeben worden sei, der Plan bestanden habe, eine Bestandsaufnahme zu machen und zu überlegen, welche kulturpolitische Rolle die Stadtteilkultur spiele und welche Impulse der Senat setzen wolle. Die CDU-Abgeordneten meinten, die Drucksache lasse jede Form eines kulturpolitischen Impulses hinsichtlich der Bedeutung und weiteren Entwicklung der Stadtteilkultur vermissen. Der Drucksache zufolge seien die Mittel für die Stadtteilkultur im Haushaltsplan eingestellt und würden bis 2017 fortgeschrieben, weshalb keine Mehrbelastungen für den Haushalt einträten. Die Frage, wie sich die Arbeit in den Stadtteilen entwickeln solle, werde überhaupt nicht beantwortet. Außerdem gebe es keine Antwort auf die Frage, wie die extrem unterschiedliche Verteilung der Mittel zwischen den Bezirken begründet sei. Insbesondere im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung sei kein Gestaltungsprozess, sondern eher ein Austrocknungsprozess zu erwarten. Die CDU-Abgeordneten vertraten die Auffassung, es werde nicht gelingen, mit der Globalrichtlinie kulturpolitische Akzente in der Stadt zu setzen. Sie fragten, ob das Thema der Mittelverteilung zwischen den Bezirken noch aufgegriffen werden solle beziehungsweise aus welchen Gründen es nicht aufgegriffen werden solle. Sie baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter um eine Stellungnahme, ob aus ihrer Sicht mit einer Fortschreibung der Haushaltsmittel bis 2017 eine Gestaltung der Stadtteilkultur gelingen könne.

Die Abgeordnete der GRÜNEN erklärte, die Evaluation der Stadtteilkultur sei seinerzeit in Auftrag gegeben worden, um eine Bestandsaufnahme zu machen und festzustellen, in welcher Weise die Stadtteilkultur weiterentwickelt werden solle. Der vier

Jahre dauernde Prozess sei gut gewesen. Jedoch sei nunmehr ein Punkt erreicht, an dem es nicht weitergehe. Jedes Stadtteilkulturzentrum stehe vor dem Problem, Tarifierhöhungen nicht finanzieren zu können. Da keine Erhöhung der Mittel vorgesehen sei, ergebe sich in der Perspektive die Notwendigkeit, Mitarbeiterinnen beziehungsweise Mitarbeiter zu kündigen. Die Drucksache gebe keine Antwort auf die Frage, wie neue Initiativen finanziert werden könnten. Es sei keine Lösung, bestehenden Einrichtungen die Mittel zu streichen, um neue zu finanzieren. Die Abgeordnete der GRÜNEN fragte, ob geplant sei, Akzente zu setzen. Sie wollte wissen, welche Chancen die bestehenden Einrichtungen hätten, wenn die Mittel nicht erhöht würden. Für die Stadtteilkultur bedeuteten Kooperationen mit Ganztagschulen eine große Chance. Die Abgeordnete der GRÜNEN regte an, zu diesem Thema eine gemeinsame Beratung mit dem Schulausschuss durchzuführen. Sie fragte, welches politische Signal die für die fachliche Begleitung zuständige Kulturbehörde in die Bezirke gebe.

Die FDP-Abgeordnete sagte, bei der Lektüre der Drucksache habe sich ihr die Frage gestellt, inwiefern die Drucksache noch in Zusammenhang mit dem ursprünglichen Auftrag stehe. Es sei nicht klar, wie der Forderung des Rechnungshofs, Doppelförderstrukturen abzubauen, begegnet werde. Ebenso wenig sei erkennbar, wie die Aufgabenteilung der Kulturbehörde und der Bezirke im Rahmen des in Ziffer 2. der Drucksache genannten vereinfachten Verfahrens („one face to the customer“) aussehen solle. Die FDP-Abgeordnete ging auf das in Ziffer 6. angesprochene Controllingverfahren ein. Sie fragte, wie die jährliche Abfrage der Kennzahlen bei kleinen Einrichtungen erfolgen solle. Zahlreiche Formulierungen in der Drucksache seien allgemein abgefasst und wenig aussagekräftig. Es blieben viele Fragen offen.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE legte dar, aus seiner Sicht sei die wichtigste Erkenntnis aus der Evaluation die Feststellung, dass es nicht möglich sei, kulturelle Institutionen wie eine Ware zu bestellen. Vielmehr sei der Eigensinn einer der starken Momente, aufgrund dessen die Institutionen vor Ort eine Kraft bekämen und in der Lage seien, bestimmte Aufgaben wahrzunehmen. Diese Tatsache sei noch vor zehn Jahren nicht erkannt worden. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE schloss sich den Ausführungen der Abgeordneten der CDU und der GRÜNEN an, die die Frage aufgeworfen hätten, wie die wichtigen, auch interkulturellen, Aufgaben der Stadtteilkultur erfüllt werden könnten. In der Regel würden diese Aufgaben von Institutionen vor Ort, selten jedoch von Institutionen der Hochkultur wahrgenommen. Die Arbeit der kulturellen Einrichtung in den Stadtteilen sei für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bedeutend. Diese Tatsache müsse in der finanziellen Ausstattung der Einrichtungen eine Entsprechung finden. Die Drucksache löse dieses Problem nicht. Zum einen würden die Preissteigerungen bei der Planung nicht berücksichtigt, was zu einer Aushöhlung führe. Zum anderen sei das Problem nicht gelöst, wie die Institutionen in die Lage versetzt werden könnten, das Management der Institutionen bezahlen zu können. In diese Betrachtung seien auch die Community-Center einzubeziehen. Ein weiterer Aspekt sei, dass ungeklärt sei, wie die Finanzierung neuer Institutionen gewährleistet werden solle. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE berichtete, in zahlreichen Gesprächen sei ihm gegenüber die Einschätzung geäußert worden, der Gesamtansatz für die Finanzierung der Stadtteilkultur, der Bürgerhäuser und vergleichbarer sozialer Infrastrukturen sei nicht auskömmlich.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter machten deutlich, die finanziellen Spielräume seien begrenzt, deshalb könnten sie für die Stadtteilkultur keine automatischen Zuwächse veranschlagen. Zunächst hätten sie deshalb Gespräche geführt, die im Rahmen eines systematischen Kommunikationsprozesses auf allen Ebenen – mit den Bezirken, der Kulturbehörde und den Einrichtungen – stattgefunden hätten. Die daraus resultierenden Lösungen beständen aber nicht in Mittelaufstockungen oder reiner Umverteilung von Geldern, einzelne Budgeterhöhungen schlossen sie aber nicht aus. Grundsätzlich wollten auch sie existierende Einrichtungen wie zum Beispiel die Geschichtswerkstätten zukünftig so absichern, dass sie diesen schon jetzt erhöhte Finanzierungsansätze in Aussicht stellten, könnten aber bisher nur Planungshorizonte von bis zu fünf Jahren aufzeigen. Aufgrund dieser angespannten Haushaltssituation hätten sie behördlicherseits in den letzten Jahren veränderte stadtteilkulturelle Perspektiven gesetzt, indem beispielsweise als Nebeneinrichtung des Kulturzentrums Lola das Kinderkulturhaus Lohbrügge geschaffen und aus Mitteln der additiven

Sprachförderung, Stadtentwicklungsmitteln, Teilnahmebeiträgen, schulischen und investiven Mitteln finanziert worden sei. Auch mit dem Neubau für die HipHop Academy in Billstedt hätten sie mit einem Querschnitt aus Stadtentwicklung, bezirklichen Budgets und senatsbezogenen Förderungen eine qualitativ hohe Stadtteilkulturentwicklung mit einem Budget über 5,2 bis 5,3 Millionen Euro realisiert.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter verwiesen auf den unter Top 4 der Drucksache erwähnten und angebotenen Lagebericht zu den Entwicklungen der Stadtteilkultureinrichtungen durch die Behörde, den sie in absehbarer Zukunft aufgrund dafür generierter Berichte liefern könnten. Sie erwähnten, dass sie im Landesrat für Stadtteilkultur regelhaft mit den sieben Bezirksämtern zu den Entwicklungsständen kommunizierten. Der Landesrat sei als Serviceeinheit zum kollegialen Erfahrungsaustausch zwischen den Bezirken geschaffen worden und stehe auch als Diskussionsforum zu den Controllingmaßnahmen zur Verfügung. Die vom Rechnungshof erfolgte Kritik, dass bei bestimmten stadtteilkulturellen Förderungen eine zu hohe Anzahl an Ansprechpartnern existiere, bestätigten sie, allerdings liege dieses Phänomen in den Veranstaltungsarten – wie beispielsweise der altonale – begründet. Sie versuchten aber sukzessive, unterschiedliche Förderstränge in einen Zuwendungsbescheid münden zu lassen, um eine höchstmögliche Transparenz zu gewährleisten.

Die CDU-Abgeordneten wandten ein, alle bisherigen Initiativen wie zum Beispiel die „Lebenswerte Stadt“ seien mit dem Makel behaftet, dass sie einer Befristung unterlägen und dass so keine planbaren Perspektiven für die Bezirksämter geschaffen würden. Sie kritisierten, dass zu diesen prekären Situationen keine Änderungsvorschläge von der Kulturbehörde erfolgten, sondern dass dieser Missstand fortgesetzt werde. Sie machten deutlich, eine Nullsteigerungsrate für die privaten Institutionen und freien Träger bis 2020 ermögliche keinen kulturellen Gestaltungsspielraum mehr. Der Wunsch der Bezirke, eigene kulturpolitische Mittel zur Verfügung zu haben, sei zu unterstützen, um den Bezirken eine eigene engagierte Kulturpolitik zu ermöglichen. Zusätzliche Berichtsformate zur Erläuterung der Vorgehensweise in der Stadtteilkulturentwicklung wollten sie nicht vorgelegt bekommen, wenn damit keine weiteren gestalterischen Elemente verknüpft seien.

Die Abgeordnete der GRÜNEN schlug vor, anstatt großformatiger Berichte dem Kulturausschuss regelmäßig zu berichten, wie die stadtteilkulturellen Entwicklungen in den Bezirken sich vor Ort gestalteten, und fragte nach, ob dies möglich sei. Kritisch bewertete auch sie, dass kein Ausgleich für die stadtteilkulturellen Einrichtungen erfolgen solle, während im Gegenzug große Institutionen wie die Staatstheater, die Oper und das Ballett Tarifausgleiche erhielten. Zur verbesserten Stadtteilkulturentwicklung forderte sie eine noch intensivere und kooperative Zusammenarbeit zwischen der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) und der Kulturbehörde, sodass daraus Finanzierungen für die Stadtteilkultur generiert werden könnten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigten, einmal jährlich – gegebenenfalls nach der Sommerpause – einen Bericht zur Stadtteilkultur an den Ausschuss zu geben, zu dem sie möglicherweise Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke und anderer Institutionen bitten wollten. Sie bestätigten, tatsächlich gebe es in Hinblick auf den Ausgleich von Tarifsteigerungen keine identische Behandlung kleinerer und großer Einrichtungen. Sie bedauerten dies, denn es sei ihnen bewusst, welche Herausforderung dieser Umstand für die Stadtteilkultur bedeute und mit welchem hohen Maß an Kreativität sie damit umgehen müsse. Dennoch könnten sie bei neuen Projekten nicht automatisch deren Fortschreibung oder Verstetigung garantieren, denn diese seien häufig temporär und außerdem stünden ihnen für wünschenswerte Verstetigungen nicht die Mittel zur Verfügung. Zur Zusammenarbeit mit der BSB schlugen sie vor, eine gemeinsame Sitzung abzuhalten, um einen verbesserten inhaltlichen und finanziellen Austausch zu gewährleisten.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bewertete es als problematisch, dass es nur noch temporäre Finanzierungen für die kleinen Einrichtungen und Projekte gebe und es keine adäquate Antwort vonseiten der Senatsvertreterinnen und -vertreter sei, lediglich an die Kreativität der betroffenen Einrichtungen zu appellieren. Er bestätigte, dass es erfolgreiche und sehr kreative Zusammenschlüsse auf der Stadtteilebene gebe, ein Beispiel stelle das Stadtteilhaus Süderelbe dar. Allerdings, so seine Mah-

nung, sollte die Kulturbehörde auch die Defizite aufzeigen, diskutieren und die Probleme nicht mit geschönten Äußerungen zur Seite schieben. Er zeigte dazu exemplarisch drei Problemfelder auf:

- Harburg werde bei den finanziellen Zuwendungen für die Stadtteilkultur proportional weniger als andere Stadtteile berücksichtigt.
- Die Finanzierung neuer Institutionen wie das Stadtteilkulturzentrum in Lurup sei nicht gesichert.
- Die Quartierfonds seien als Hilfskonstruktionen angelegt worden, ihnen seien keine echten Planungen hinterlegt.

Die SPD-Abgeordneten machten deutlich, die Stadtteilkultur werde von politischer Seite mit großer Aufmerksamkeit und Ernsthaftigkeit betrachtet und begleitet. Die sich durch das Zusammenspiel der Behörde ergebenden Synergieeffekte ließen sich noch steigern, dieser Weg sollte im Interesse der Stadtteilkultur weiterverfolgt werden. Eine gemeinsame Ausschusssitzung mit dem Schulausschuss begrüßten sie außerordentlich und schlugen das Frühjahr 2014 für die Sitzung vor.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bestätigte, auch er halte eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss für wichtig, und betonte, die Stadtteilkultur solle im Fokus des Kulturausschusses bleiben.

III. Ausschussempfehlung

Der Kulturausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Drs. 20/6336 zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. Isabella Vértes-Schütter, Berichterstattung